



Keine Anhebung der Gewerbe- und Grundsteuer!

UFW irritiert über fehlende Informationen zur Zweitwohnsteuer



Laut Aussagen des Kämmerers Axel Imholz ist es unumgänglich, daß die Stadt bald die Grund- und Gewerbesteuer erhöhen **muß**.

Jedoch ist es sehr fraglich, ob es dafür eine Mehrheit geben wird. Die reflexartige Reaktion auf Finanzierungslücken mit Mehrbelastungen für Gewerbe und Grundbesitzer darf nicht stets als Pauschallösung angeboten werden.

„**Diese Erhöhungen schaden dem Wirtschaftsstandort Wiesbaden und belasten auch die kleinen Hausbesitzer** . Am Ende werden die kommenden Haushalte noch größere Defizite vorweisen, weil das Gewerbe umzieht und seine Steuern lieber in der Landeshauptstadt auf der anderen Rheinseite zahlt“ warnt UFW-Fraktionsvorsitzender Christian Bachmann.

Die Kämmerei dürfe nicht nur auf dieses Pferd setzen um der Finanzlage Herr zu werden. Streit in der Koalition, eine unsichere Mehrheit und der Wettbewerb mit Mainz sowie umliegenden Kreisen und Kommunen sind genügend Gründe, um lieber einen zweiten Blick auf die Ausgaben zu werfen – und da verursacht man bereits jetzt schon mit dem Rasenmäherprinzip großen Unmut bei weiten Teilen der Wiesbadener Bevölkerung.

Die Ausgaben und auch andere Einnahmemöglichkeiten müssen wiederholt geprüft und entsprechend kommuniziert werden. Dabei gewinnt man auch das Vertrauen, wenn man rechtzeitig darüber informiert und für Vorschläge offene Ohren hat. Bezüglich der Zweitwohnsteuer ist das leider misslungen.

„Während unsere Anfrage vom 11. Mai zur Zweitwohn- und Hundesteuer nicht fristgerecht beantwortet wurde und **die Antwort nach wie vor ausbleibt**, wird mit den angefragten Zahlen **bereits Politik gemacht**

Das ist ärgerlich und zeugt nicht unbedingt von dem großen Willen, für die sehr schwierigen Haushaltsplanberatungen ALLE Fraktionen mit ins Boot zu nehmen“ so Bachmann abschließend.

(Christian Bachmann)

Wir meinen: Die nächsten Wahlen kommen bestimmt!